

Konferenz „Volunteering for Social Change“: Zugangshürden im Europäischen Freiwilligendienst abbauen¹

Philipp Holz

Student | Freie Universität Berlin | philipp.holz@fu-berlin.de

Valérie Röpsch

Studentin | Freie Universität Berlin | valerie.roepsch@gmail.com

Mit dem Manifest „Wir sind Europa! Manifest zur Neugründung der EU von unten“ startete der Aufruf des EU-Abgeordneten Daniel Cohn-Bendit von den Grünen und dem Soziologen Ulrich Beck im Jahr 2012, mehr Europa zu wagen. Mit populären Unterstützern wie Joschka Fischer, Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt, Jürgen Habermas oder Wim Wenders forderten sie mehr Mitwirkung von „unten“: Europa solle aktiv erlebbar sein, um eine gemeinsame europäische Identität zu schaffen. Antieuropäische Strömungen und der wiederaufkommende populistische Nationalismus bräuchten eine Gegenbewegung. Gerade Jugendliche befinden sich häufig in prekären Situationen. Die Jugendarbeitslosigkeit hat in einigen Ländern, wie zum Beispiel Griechenland, Italien und Spanien, stark zugenommen – unabhängig davon waren es besonders viele junge Leute, die sich in England gegen den Brexit ausgesprochen haben oder in Rumänien für Europa auf die Straße gegangen sind.²

Gerade diese Jugend ist es, an die sich das Konzept des Europäischen Freiwilligendienstes (deutsch: EFD, englisch: European Voluntary Service – EVS) richtet. Seit seiner Einführung Mitte der 1990er Jahre soll er die Teilhabe an der europäischen Integration ermöglichen – Vernetzung und Austausch für eine gemeinsame europäische Identität.

In seiner bisherigen Form verfehlte der EVS allerdings sein Ziel, eine inklusive Chance für alle darzustellen. Hürden im Bewerbungsprozess führten dazu, dass vor allem diejenigen Jugendlichen einen EVS absolvierten, die sich in einer privilegierten Lage befanden – kein Europa von unten, wie es ursprünglich angedacht war, sondern ein Europäischer Freiwilligendienst für die Mittelschicht ist entstanden.³ Dies zu ändern und den EVS auch sogenannten „benachteiligten Jugendlichen“ nahezubringen, hat sich die „EVS4All“- Initiative vorgenommen – gegründet von der Allianz Kulturstiftung in Kooperation mit „Volonteurop“, dem „Itinéraire International“ und dem „IKAB-Bildungswerk“ sowie elf weiteren europäischen Freiwilligenorganisationen. Während des zweijährigen Pilotprojektes

1 Die Konferenz fand am 20. und 21. März 2017 in Berlin statt.

2 <http://evs4all.eu/manifesto/>

3 <http://www.eyalter.com/de/demografie-forum/>

haben sich bereits 20 sogenannte „benachteiligte Personen“, die ansonsten nur einen „schweren Zugang“ zum EVS gehabt hätten, engagiert.⁴

Aufgrund der Erfahrungen, die die Initiatoren mit „benachteiligten Jugendlichen“ im EVS gemacht hatten, entwickelten sie einen Katalog an Politikempfehlungen⁵, zu deren Vorstellung und Diskussion sie nach Berlin zu verschiedenen besetzten Podiumsdiskussionen einluden. Dabei traf ein prominentes Publikum mit Politikvertretern, unter anderem aus der Europäischen Kommission (z. B. Generaldirektion Bildung, Kultur, Jugend und Sport), auf Vertreter der Austauschorganisationen und auf ehemalige Freiwillige, die zuvor selbst am EVS-Programm teilgenommen hatten. In diesem Beitrag fassen wir die angesprochenen Themen der Konferenz zusammen und stellen vor, welche Politikempfehlungen seitens der Initiative EVS4All erarbeitet worden sind.

EVS und andere Initiativen – was macht das Programm aus?

Mit einer Podiumsdiskussion im Berliner Allianz Kulturforum wurde die Konferenz eröffnet. Die Europaabgeordneten Cohn-Bendit und Brando Benifei diskutierten zusammen mit Andrea Casamenti vom „European Youth Forum“ und der ehemaligen Freiwilligen Helena Häußler über den EVS: Alle waren sich darin einig, dass der EVS der richtige Weg sei, er müsse nur zugänglicher gemacht werden.

Um Möglichkeiten zu finden, diese bessere Zugänglichkeit zu erreichen, wurden – den Blick über den Tellerrand wagend – auch Vertreter von anderen, ähnlichen Projekten zu der Konferenz eingeladen. Zum Auftakt etwa warb Vincent-Immanuel Herr vom Journalistenduo Herr&Speer für die Idee eines kostenlosen Interrail-Tickets, das alle europäischen Jugendlichen zum 18. Geburtstag geschenkt bekommen sollen. Die Idee verfolgt das Ziel eines hürdenlosen europäischen Austausches, bei dem die bereits bewährten Interrail-Tickets zum Symbol erfahrungreicher europäischer Integration erhoben würden. Anders als beim Freiwilligendienst nähme man so den Jugendlichen viele Hürden, zum Beispiel die der Bewerbung oder der Eingeschränktheit durch die vielen Auflagen an den Dienst. Beim Reisen entstünden außerdem viele Kontakte; gerade in der Backpackerszene trafen viele unterschiedliche Jugendliche aus den verschiedensten Nationen zusammen. Mit der Aussicht, frei innerhalb Europas reisen zu können, würde man auch diejenigen Jugendlichen erreichen, die sonst vor dem sozialen Engagement, den Aufgaben und der Verantwortung zurückschrecken.

Brando Benifei wandte ein, dass, auch wenn die Kosten für das Interrail-Ticket von der EU übernommen würden, eine mehrwöchige Reise durch Europa noch immer

4 https://kulturstiftung.allianz.de/de/foerderung_projekte/operative-projekte/EVS4ALL/

5 Die Kurzfassung der Empfehlungen sind im Beitrag der European Voluntary Service for All-Initiative in diesem Heft dokumentiert.

nicht für jeden erschwinglich wäre. Free-Interrail sei zweifelsohne eine gute Initiative, aber um sogenannte „benachteiligte Jugendliche“ an der europäischen Integration teilhaben zu lassen, müssen womöglich andere Wege gefunden werden. Gerade den qualitativen Anspruch des EVS, dem Konzept eines interkulturellen, informellen Lernens während des freiwilligen Engagements, wolle man nicht aufgeben.

Die ehemalige Freiwillige Sabrina Apitz, die nun als Multiplikatorin bei Europeers, einer Ehemaligenorganisation von EVS-Freiwilligen, aktiv ist, erklärte, dass ihr in ihrem Freiwilligendienst rückblickend die Arbeit und die sozialen Beziehungen vor Ort sehr wichtig gewesen seien – das seien Erfahrungen gewesen, die eine Reise nicht ersetzen könne.

Neben dem EVS bietet auch der „European Solidarity Corps“ europäischen Jugendlichen Möglichkeiten, sich innerhalb Europas in sozialen Projekten zu engagieren. Johannes Luchner, Vorsitzender der Generaldirektion Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission, betonte, das erst kürzlich im Dezember 2016 ins Leben gerufene Projekt versuche, vor allem die hohe Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union zu bekämpfen. Während der EVS das Ziel einer tiefergehenden Europäischen Integration verfolge, ginge es im Solidarity Corps in erster Linie um die Vermittlung von Freiwilligenarbeit als Übergang zu einer erneuten regulären Beschäftigung.⁶

Dass der EVS einen qualitativeren Anspruch verfolge, konnte auch Helena Häußler bestätigen: Der langfristige Aufenthalt am gleichen Ort habe ihr tiefere Beziehungen ermöglicht und auch die pädagogische Begleitung durch Vorbereitungs-, Zwischen- und Nachbereitungsseminare hätten zu einer wertvollen Selbstreflexion der Freiwilligen geführt.

Grundsätzlich soll die Identifikation mit dem „Projekt Europa“ gefördert werden: junge Leute sollen sich als Europäer*innen verstehen und das Bewusstsein für die nationale, soziale und kulturelle Diversität Europas erhalten. Gerade aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen der verschiedenen Initiativen im europäischen Raum könne man sich trotzdem eine Kooperation gut vorstellen, um den EVS weiter auszubauen.

Aber auch von wirtschaftlicher Seite sprach man sich für den EVS aus: Tim Velinski, von der Stuttgarter KinderSpielStadt Stutengarten, erhoffte sich, dass seine Mitarbeiter*innen durch die Freiwilligen eine neue Weltsicht bekämen und offener gegenüber unkonventionellen Ideen würden. Darüber hinaus seien internationale Beziehungen – gerade wenn es persönliche sind – grundlegend für wirtschaftliche Zusammenarbeit, betonte Luchner. Allein die Erfahrung, dass es möglich

6 Zum European Solidarity Corps siehe den Debatten-Beitrag des Deutschen Bundesjugendring sowie die Dokumentation von Gabriella Civico in diesem Heft.

ist, im Ausland zu arbeiten, sei wichtig, um Jugendlichen neue Horizonte zu eröffnen. Besonders bei Jugendlichen in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit sei zunächst die Beschäftigung, aber auch der europäische Austausch wichtig, damit sie sich nicht „von Europa abgehängt“ fühlten.

EVS4ALL – Strategien zum Ausbau der Zugänglichkeit

Die meisten EVS-Freiwilligen haben ein Abitur, kommen aus privilegierten Verhältnissen und haben sich bereits vorher in sozialen Bereichen engagiert, was nicht zuletzt daran liegt, dass die Werbung für das Programm häufig durch lokale NGOs geschieht, in denen meist privilegierte Jugendliche engagiert sind. „Benachteiligte Jugendliche“ – Jugendliche also, die aus ärmeren Verhältnissen kommen, eine geringere Schulbildung besitzen oder aufgrund einer Behinderung an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden – sollen nun auch die Möglichkeit bekommen, sich im Rahmen eines EVS zu engagieren.

In den Politikempfehlungen, die von der „EVS4ALL“-Initiative erarbeitet und auf der Konferenz präsentiert wurden, wird deutlich, dass der EVS neue Werbestrategien benötigt, um weitere soziale Gruppen anzusprechen, die nicht aus dem direkten Umfeld der Entsendeorganisationen kommen. Zum einen müsse hierzu die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden: Ein gemeinsamer Internetauftritt aller teilnehmenden Organisationen solle die Hürden der Bewerbung, die ansonsten mit aufwendiger Recherche verbunden sei, verringern. Außerdem sollen andere Social-Media-Kanäle, wie zum Beispiel Facebook, mit eingebunden werden. Der EVS könnte auch durch neue Formate wie Videos und Kurznachrichten mehr an Popularität gewinnen – und gerade in diesem Bereich sollte die Corporate Identity, das Logo und Design des EVS medienwirksamer eingesetzt werden.

In der Öffentlichkeitsarbeit sollen darüber hinaus mehr Politiker und ehemalige Freiwillige als Botschafter des EVS auftreten. Besonders ehemalige Freiwillige könnten durch ihre persönlichen Geschichten gut überzeugen, weshalb sie die Rolle als Multiplikatoren in „Peer-to-Peer“-Programmen wahrnehmen könnten. In sogenannten „Story-Telling-Workshops“ sollen sie lernen, wie man persönliche Erfahrungen an potenzielle Freiwillige weitererzählen oder in Freiwilligenjournals und Onlinepublikationen veröffentlichen kann.

Ebenso könne man sich vorstellen, so der allgemeine Konsens, vermehrt mit sozialen Einrichtungen aus dem Jugendarbeitsbereich oder mit Organisationen, die sich direkt um benachteiligte Jugendliche kümmern, zusammenzuarbeiten. Ein Vertreter der evangelischen Jugendarbeit mit Straßenkindern merkte aus dem Publikum kritisch an, dass gerade hier noch viel Potential liege.

Problematisch sei auch, so die Freiwillige Helena Häußler, dass die Organisationen und Institutionen, die mit benachteiligten Jugendlichen arbeiten, häufig selbst

skeptisch seien, wie erfolgreich der EVS bei dieser Zielgruppe überhaupt sein könne. Sie berichtete dazu, dass ihr bei ihrem Besuch in einer „Problemschule“ großer Widerstand seitens der Schulleitung entgegengekommen sei – die Schüler hätten ihre Erzählungen über den EVS jedoch sehr begeistert aufgenommen.

Da „benachteiligte Jugendliche“ auch besondere Bedürfnisse besäßen, so Johannes Luchner, müsse auch die Betreuung der Freiwilligen verbessert werden. Mentoren müssten auf bestimmte Probleme spezialisiert sein und sich untereinander vernetzen können, um eine bestmögliche Betreuung während des Freiwilligendienstes garantieren zu können. Luchner wies darauf hin, dass im Solidarity Corps auch Freiwillige mit Behinderung, die nicht reisen können, durch Online-Volunteering eingebunden würden. So hätten auch sie die Möglichkeit, einen wertvollen Dienst zu leisten.

Neben der Öffentlichkeitsarbeit wurde auch der Abbau von bürokratischen Barrieren von den Teilnehmern und Vertretern der Entsendeorganisationen auf der Konferenz viel diskutiert: Besonders kleine, lokale NGOs litten unter dem aufwendigen Akkreditierungsverfahren und den vielen Berichten, die verfasst werden müssten. Hier wies Artur Prayer von der Generaldirektion der Europäischen Kommission für Bildung, Kultur, Jugend und Sport darauf hin, dass man einfachere Verfahren einsetzen und Freiwilligenstellen, die sich in ihrem Aufbau ähneln, zusammenfassen wolle. Grundsätzlich, so hielt Luchner fest, müssten jedoch gewisse Sicherheitsstandards gewährleistet werden – es habe bereits Fälle gegeben, in denen die Freiwilligenstellen gar nicht existierten.

Probleme bereite auch die interne Kommunikation zwischen den lokalen Entsende- und Aufnahmeorganisationen und der Organisation des EVS, aber auch die externe Kommunikation zwischen den Organisationen und den jeweiligen Landesregierungen: Neben den sprachlichen Barrieren sei es besonders schwierig, einheitliche Standards für die Freiwilligenarbeit in allen europäischen Ländern und allen lokalen Aufnahmeorganisationen zu schaffen. Die Erwartungen an die Freiwilligenarbeit und deren konkrete Umsetzung in den Stellen sei in vielen Ländern sehr unterschiedlich. So habe sich das Konzept des Freiwilligendienstes in Frankreich, Großbritannien, Italien und in Deutschland in den vergangenen Jahren bereits über einen längeren Zeitraum hinweg etablieren können, als dies in vergleichsweise jungen Mitgliedsstaaten in Osteuropa der Fall ist.

Da so viele unterschiedliche nationale Strukturen aufeinanderträfen und eine große Differenz zwischen kirchlichen und nichtkirchlichen Organisationen bestehe, kam auch die Überlegung zur Sprache, den EVS an bereits vorhandene Strukturen auf nationaler Ebene anzuknüpfen. In Deutschland zum Beispiel an das Freiwillige Soziale oder das Freiwillige Ökologische Jahr.

Dies würde aber auch ein Ende der Pluralität des EVS, in dem sich die vielen kleinen lokalen Entsendeorganisationen mit ausländischen Aufnahmeorganisationen

vernetzen, bedeuten. Gerade diese Zusammenarbeit lokaler Strukturen und die daraus resultierenden persönlichen Bindungen könnten ebenso als Vorteil für Europa gesehen werden, schließlich gehe es vordergründig um mehr Vernetzung und eine europäische Integration.

Nicht zuletzt, betonte David Lopez, Präsident der „Lifelong Learning Platform“, werde für all diese Vorhaben vor allem auch Geld benötigt: In den Politikempfehlungen wird deutlich gemacht, dass man sich von den Regierungen der einzelnen Ländern mehr Finanzierung erwünscht. Er meinte hierzu: Die Länder würden sich zwar über die Freiwilligen freuen, den EVS aber nicht mitfinanzieren wollen. Auch private Investoren sollen gefunden werden. Gerade bei den Freiwilligenstellen wäre eine Finanzierung durch lokale Unternehmen wünschenswert.

Informelles Lernen

Thomas Thomer, für europäische Jugendpolitik zuständiger Unterabteilungsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, betonte besonders den Aspekt des „informellen Lernens“, der für ihn auch auf nationaler Ebene an Bedeutung gewinne. Man könne „Europa“ eben nicht in der Schule lernen, sondern müsse es „erfahren“. Persönliche Erfahrungen, Beziehungen mit fremden Menschen und das praktische Arbeiten während des Freiwilligendienstes könnte eine Schulbildung nicht ersetzen. Hier, so gibt er zu, könne Brüssel noch mehr machen. Das „informelle Lernen“ solle nicht in Konkurrenz zur klassischen Schulbildung stehen, sondern durch ausgebildete Fachkräfte auch in die traditionellen Bildungswege mit eingebettet werden.

Auch Johannes Luchner meinte, dass die „Integration und der europäische Frieden in den Köpfen [stattfinde]“, oder wie Cohn-Bendit es formulierte: „[Man] solle die Jugendlichen einfach mal machen lassen – es passiert schon was!“